

# Der Gesellschafter

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold**  
**Nagolder Tagblatt**

Begründet 1820

Fernsprecher 20

Anzeigen-Gebühr für die einpolige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 20 Pf. bei mehrmaliger, Rabat nach Tarif. Bei gerichtlicher Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk  
Telegraphen-Adresse Gesellschafter Nagold  
Postfachkonto Stuttgart 5118

Nr. 277

Freitag den 28. November 1919

93. Jahrgang

## Die Antwort an Clemenceau in der Kriegsgefangenenfrage.

Berlin, 26. Nov. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenennote der Entente mit folgender Note geantwortet, die heute in Paris übergeben wurde:

1. Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Sie hat ansehend ihre Ansicht durch die Agence Havas am 29. August veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautet:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschloffen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrags mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzubehalten. Die Arbeiten der Heimführung (Operations des Repatriements) werden sofort beginnen und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, der nach Inkraftsetzung des Vertrags ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile ziehen werden, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen hat, weil die deutsche Regierung über das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. — Eine solche Zurücknahme hätte ja zum mindesten auch der deutschen Regierung mitzuteilen zu müssen. — Vielmehr leugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abgegeben zu haben. Diese widersprüchliche Haltung ist unso unverständlich, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Zugeständnis war, das aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Zugeständnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach.

Es handelte sich dabei einmal um die Kohlenlieferungen und zweitens um den Fall des Sergeanten Mannheim.

1. Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde dem deutschen Vertreter am 22. August erklärt, Deutschland werde für seine Wünsche in der Kriegsgefangenenfrage kein Gehör finden, ehe mit den Kohlenlieferungen begonnen sei. Sobald diese Lieferungen eingeleitet hätten, werde die Entente in dieser Frage weiteres Entgegenkommen zeigen.

2. Im Falle des Sergeanten Mannheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmaßnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von einer Million Francs abgelehnt. Darauf wurde ihr von autorisierter französischer Stelle nahegelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen. In diesem Fall werde Marshall Foch seinen Einfluß für die alsbaldige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen einsetzen. Auch in Paris wurde zur selben Zeit der Fall Mannheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht. Als der deutsche Vertreter am 26. August, nachdem der sofortige Beginn der Kohlenlieferungen zugesagt war, mit Beziehung auf die vorausgegangene Zusage die Bitte aussprach, alsbald in Verhandlungen über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen einzutreten, wurde dies zwar mit dem Bemerkten versprochen, daß ihm der Ministerpräsident, Herr Clemenceau, in den nächsten Tagen darüber schreiben werde, zugleich aber daß ihn der französische Vertreter, sich für die Zahlung der im Falle Mannheim verlangten Million einzusetzen, da die Erledigung dieser Angelegenheit dem Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, sehr am Herzen liege. — In Berlin wurde dann die Vereinbarung getroffen, daß der Betrag von einer Million Francs der französischen Regierung für das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt werde, daß innerhalb einer Woche nach der Zahlung die im Art. 215 des Friedensvertrags vorgesehene Kommission zur Regelung der Heimführung der Kriegsgefangenen zusammentreten und daß dies durch die Agence Havas bekanntgegeben werden sollte.

Als die Einsetzung der Kommission sich verzögerte und der deutsche Vertreter in Paris an die Erfüllung des Versprechens mahnte, wurde ihm am 18. September mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen, zu erst kämen die Kriegsgefangenen aus England, dann die aus Amerika, zuletzt die aus Frankreich an die Reihe. Deutsch-

französische Verhandlungen über diese Transporte seien nach Auffassung des Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, unendlich. Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Konoten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr verlangt hat, die Heimführung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrag bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen. Die Note vom 15. November beschränkt sich nicht darauf, die Verpflichtung zur sofortigen Heimführung des Friedensvertrags mit der Heimführung zu beginnen. Die Ausführungen stellen ein Verzeichnis aller Beschwerden dar, welche die französische Regierung gegen Deutschland erheben zu können glaubt. Die Kriegsgefangenen sind es, an die sich die französische Regierung wegen dieser Beschwerden hält. Im Widerspruch mit den Grundätzen des Edelmut und der Menschlichkeit, die die französische Regierung stets als ihre Richtschnur bezeichnet, müssen also Schuldlose für die vermeintlichen Verletzungen der deutschen Regierung büßen und als Geiseln dafür haften, daß die französischen Wünsche erfüllt werden. Diese Politik muß umso schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht. Sie liegen nach wie vor unter der Herrschaft des Kriegesrechts, das mit erbarmungsloser Strenge gehandhabt wird. Kleidung und Unterbringung reichen vielfach für die kalte Jahreszeit nicht aus. Zum Teil sind die Kriegsgefangenen noch von dem Verbleib mit der Heimat abgeschnitten. Angehörige der klaren Sachlage, die durch das Versprechen der französischen Regierung geschaffen ist, könnte ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note überflüssig erscheinen. Um keine solchen Eindrücke entstehen zu lassen, hält es die deutsche Regierung jedoch für angebracht, folgendes dazu zu bemerken:

1. Die deutsche Regierung hat nicht, wie es nach der Note scheinen könnte, abgelehnt, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmungen des Friedensvertrags über die Herausgabe der wegen eines Verstoßes gegen die Kriegesgefehle angeklagten Personen gesetzt hat, vielmehr hat sie unter Anerkennung der vertraglichen Verpflichtungen auf die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung dieser Bestimmungen entgegenstellen, hingewiesen und — ohne einen förmlichen Antrag zu stellen — die alliierten und assoziierten Regierungen gebeten, ihrerseits zu erörtern, wie sich der von ihnen verfolgte Zweck auf anderem Wege erreichen lasse. Uebrigens hat sie diesen Schritt getan, ehe die Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 2. November in ihre Hände gelangte.

2. In der Note wird gefragt, wie sich wohl die Bewohner der zerstörten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringendsten Aufräumungsarbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen vor dem im Friedensvertrag bestimmten Termin die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen würden. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, wie die Note zu verstehen gibt. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Bevölkerung ein Herz für das Elend der Kriegsgefangenen hat und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückbekämen, statt sie in hartem Fronddienst für Handlungen büßen zu lassen, für die sie keine Verantwortung trifft.

3. Von maßgebender französischer Seite ist seit dem 11. Juli wiederholt feierlichst versichert worden, daß die Kriegsgefangenenfrage nicht mit der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete verquittet werden solle. Daran, daß noch immer kein endgültiges Abkommen über die Bereitstellung deutscher Zivilarbeiter zu Stande gekommen ist, trägt die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags bereit erklärt, deutsche Arbeitskräfte für den Wiederaufbau bereit zu stellen u. hat in den sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art ihrer Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurden im Inland die bereits vor Unterzeichnung des Vertrags begonnenen Vorbereitungen zur Entsendung der Arbeiter auf das eifrigste gefördert. Die französische Regierung war darüber auf dem Laufenden gehalten worden. Die deutsche Regierung bedauert, daß es trotz ihres wiederholten Ersuchens der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschnitte zu bezeichnen, in denen die Wiederaufbauarbeiten von deutschen Arbeitern ausgeführt werden sollen.

4) Nicht verständlich ist der Vorwurf, die deutsche Regierung habe alle vorläufigen Maßnahmen zur Erleichterung

der Ausführung der Friedensbedingungen in Schleswig und Obereschlesien abgelehnt. Die Vorbereitungen zur Ausführung des Friedensvertrags in dem schleswigschen Abkommungsgebiet sind von der deutschen Regierung in jeder Weise erleichtert worden. Zwischen ihr und der internationalen Kommission, die während der Abstimmung die Verwaltung übernehmen soll, haben eingehende Verhandlungen stattgefunden, bei denen über alle wesentlichen Fragen Uebereinstimmung erzielt wurde. Beauftragte der Kommission sind bereits jetzt mit Genehmigung der deutschen Regierung im Abkommungsgebiet tätig. Was Oberschlesien betrifft, so ist die deutsche Regierung auf den Wunsch der alliierten und assoziierten Regierungen, eine Militärmission zur Untersuchung der Lage dorthin zu entsenden, bereitwillig eingegangen. Es ist zur Genüge bekannt, daß auch nach den Feststellungen dieser Kommission die Schuld an der Aufstandsbeziehung im Monat August und somit an den Leiden, die sie notwendigerweise für die Bevölkerung zur Folge hatte, nicht der deutschen Regierung zur Last zu legen ist.

5) Die deutsche Regierung weist die Beschuldigung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens verzögert habe. Deutschland hat kein Neuhverfessenes getan, um den unerhörten Anfordrungen, die durch dieses Abkommen gestellt wurden, gerecht zu werden. Die deutsche Regierung verzichtet darauf, hier die vielen schweren Uebertretungen und Gewalttaten zur Sprache zu bringen, durch die der Waffenstillstand von ihren Gegnern verletzt worden ist. Sie weiß, daß ihre Stimme ungehört verhallen würde. Eine spätere, gerechter urteilende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Recht Klage geführt werden kann.

6) Auf die Angelegenheit der Versenkung der Kriegsschiffe in Scapa Flow wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. Auch die Frage der Räumung der baltischen Provinzen braucht hier nicht behandelt zu werden, da sie zur Zeit von der internationalen Kommission unter Führung des Generals Nibel einer Prüfung unterzogen wird, deren Ergebnis abzuwarten ist.

7) Bei dem Vorwurf, den die Note wegen der „zweideutigen, bis heute aufrecht erhaltenen Artikel“ der deutschen Reichsverfassung erhebt, handelt es sich um eine längst erledigte Angelegenheit, in der die deutsche Regierung alles getan hat, was die alliierten und assoziierten Regierungen von ihr verlangt hatten.

8) In der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt mit ungeheuren Mitteln eine unablässige Propaganda gegen die Alliierten. Die deutsche Regierung kann nur ihr Bestreben darüber aussprechen, daß solche Märchen Glauben finden und der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werden. Sie hofft, daß die alliierten u. assoziierten Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen, die mit jedem Tag ernster und dringlicher wird und in der Deutschland auf das Mitgefühl aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

## Ernährungsfragen und Zwangswirtschaft in der Nationalversammlung.

Berlin, 26. Nov. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.25 Uhr nachm.

Abg. Dr. Heinze (D.D.P.): Bei der bedrohlichen Gestaltung der Ernährungsfrage infolge der schlechten Witterung ist unsere Lage äußerst schwierig. Bleiben uns einige Wochen guten Wetters übrig, so können wir hoffen, daß alles gut ausgeht und wir über die schwere Zeit hinwegkommen. Die Zwangswirtschaft fesselt jedoch den Produzenten. Er ist nicht frei in seinen Dispositionen. Die Grundlagen der Landwirtschaft müssen neu ausgebaut, der Landwirt muß nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen und die Produktion gesteigert werden. Die Deckung des Bedarfs an Brotgetreide ist nur möglich, wenn man ein Prämiensystem einführt und die Landarbeiter ihr Depotat bekommen. Die Zwangswirtschaft in der Futterproduktion muß bald ganz fallen. Die Schweinezucht muß gehoben werden. Folgt die Regierung unseren Anordnungen nicht, so lehnen die Betretungen der Landwirtschaft jede Verantwortung für den Zusammenbruch unserer Ernährung ab. Aber man will den Landwirt niederhalten. Er soll von seiner Scholle herunter, (raden links, Weill rechts.) Die Stickstoff- und Kalifabriken müssen endlich zu lebenswichtigen Betrieben erklärt werden. Bei der Haltung der Regierung muß die Landwirtschaft allmählich zur extensiven Bewirtschaftung übergehen. Die Regierung muß für Saatgetreide und Saatkartoffeln sorgen, sonst besteht im näch-

**Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919**

**Ihr Besitz erleichtert Deine Steuern!**



ten Frühjahr ein höchst bedenkliches Vacuum (Nasen links, Beifall rechts).

**Abg. Gerold (Z.)** begründet die Interpellation Trimborn (Z.) betr. Forderung auf Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und zugleich den Antrag Blumme (Z.) betr. Milderung der durch den Frost verursachten Schäden an Obstfrüchten. Die Gefahr des Ueberganges zur extensiven Wirtschaft ist sehr groß und der Uebergang dürfte nur zum Schaden unserer Volkswirtschaft und unserer gesamten Volksernährung erfolgen. Die Salutadifferenz nötigt uns, auf absehbare Zeit unseren Ernährungsbedarf nach Möglichkeit aus der eigenen Produktion zu decken. Die Weltmarktpreise können für uns nicht maßgebend sein. Zur Milderung der Schäden bei den Obstfrüchten muß bis zur Bergung der Obstfrüchte die Arbeitszeit verlängert werden. Die Eisenbahngüterzüge müssen die Kartoffeln in die Verbraucherbezirke tragen. Die Endstoffe und Rohstoffe müssen mit Kohlen beliefert werden im Interesse der Allgemeinheit (Beifall im Zentrum).

**Minister Schmidt:** Die für die Kartoffeln eingeführte Schnellleistsprämie hatte keinen vollen Erfolg, wegen der Verteilungs- und Witterungsschwierigkeiten. Ein guter Teil der noch ungeernteten Kartoffeln, besonders in Pommern dürfte für die Ernährung noch zu gebrauchen sein, da die starke Schneedecke des Erfrierens hinderte. Die Verkehrsperre mit ihrer bevorzugten Beförderung von Kohlen u. Lebensmitteln hat aber nicht allen Erwartungen entsprochen. Wir hoffen, einen großen Teil der Futterrüben noch zu retten. Um zu verhindern, daß sie verfault werden, müssen wir die Futterpreise erhöhen. Die Futterrationen hoffen wir, auf der jetzigen Höhe erhalten zu können. Die Steigerung der Margarinefabrikation ist eine Kohlenfrage. Ich nehme die Streikdrohungen der Landwirtschaft noch immer nicht so ernst, denn ich kann mir nicht denken, daß wir unsere ganze Ernährung werden über den Haufen werfen wollen. Das heimische Brotgetreide müssen wir möglichst reiflos erlassen. Ich richte an die Landwirte die Bitte, kein Brotgetreide zu veräußern. Wegen des Schiebertums wird hoffentlich das neue Bachergebot gütlich wirken. Das Prinzip, einen Teil eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses zwangsweise zu erfassen, den Rest für den freien Handel freizugeben, würde starke Verzögerungen mit sich bringen. Es erscheint mir fraglich, ob wir das nächste Jahr die Freigabe des Hafers aufrecht erhalten sollen und können, da im Hinblick auf die hohen Preise jetzt plötzlich mehr Hafer angebaut wird. Die Neblandkäufe im Auslande müssen wir bei dem Salutatstande auf das geringste Maß beschränken. Vorläufig scheint mir die Gefahr eines Ueberganges zur extensiven Wirtschaft nicht allzu groß zu sein. Wir brauchen nicht allzu schwarz zu sehen. Auch bei dem Viehstand macht sich die Tendenz eines, wenn auch geringen Aufstieges bemerkbar. Auch die Schweinehaltung zeigt ein Aufstreben. Wir werden bei der Lösung der Landarbeiterfrage große Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Die Stadt Arbeiter, die auf das Land gehen, verlangen anständige Wohnungen und Löhne. Die Landwirte wollen keine Taxe bewilligen. Es rächt sich jetzt, was die Landleute veräumt haben. Der Kleinbesitzer, der Kleinbauer muß begünstigt werden. Das Städtlungsgefes soll dabei helfen. Die Entbehrungen der Stadt, Verödung in der Ernährung sind so groß, daß es nicht verwunderlich ist, wenn sich eine große Erbitterung und Erregung in der städtischen Bevölkerung zeigt und sich auch politisch auswirkt. Demgegenüber hat der Landmann von solchen Sorgen noch keine Ahnung. Die Grundfrage unserer Ernährung muß vegetabilisch bleiben. Die Zwangswirtschaft kann noch nicht aufgehoben werden. Zu umfangreicher Einfuhr aus dem Auslande haben wir kein Geld. Wir können die Lebensmittelpreise nicht ins Ungeheure steigen lassen, weil sonst wieder eine Steigerung der Löhne zur Folge haben müßten. Dafür bin ich nicht zu haben. (Beifall bei der Mehrheit.)

Es folgt die Besprechung der Interpellation.

**Abg. Borchardt de Wente (Dem.):** Wir sind mit Brotgetreide bis in den Februar gedeckt. Entscheidend ist es, daß wir der notleidenden österreichischen Bevölkerung von unseren geringen Vorräten noch ein Weniges abgeben konnten (Bravo). Von einer Fleischverfolgung des deutschen Volkes kann nicht

mehr gesprochen werden. Es kann nur helfen der langsame, aber vollständige Abbau der Zwangswirtschaft.

**Abg. Frau Bodahl (Soz.):** Die technischen Arbeiter auf dem Lande streiken, weil sie sich die unwürdige Behandlung durch die Grundbesitzer nicht gefallen lassen können (Nurbe rechts). Die Landwirte sollten das Betriebsrätegesetz begrüßen. Die Industriearbeiter sind unterernährt. Die Landarbeiter im allgemeinen nicht. Wenn die städtischen Arbeiter da zur Selbsthilfe aus Schieberwaren zu Wasserpreisen schreiten müssen, zu Lohnforderungen und zu Streiks kommen, ist es nicht zu verwundern. Jede Freigabe der Wirtschaft wäre ein Mißgriff.

**Abg. Duschke (D. V.):** Dem Antrage Blum stimmen wir im allgemeinen zu. Ein schrittweiser Abbau der Zwangswirtschaft ist nötig. Das Betriebsrätegesetz würde unser Wirtschaftsleben ruinieren und dem Feinde ausliefern und auf die Landwirtschaft katastrophal wirken.

Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr: dritte Beratung der Reichsabgabendeckung. Hungernot in Deutschland.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Scheidemann Oberbürgermeister von Kassel.**

Wie der „Vorwärts“ aus Kassel meldet, hat die sozialdemokratische Fraktion des Stadteordnetenusausschusses zur Vorbereitung der Neuwahl des Oberbürgermeisters den Abgeordneten Scheidemann als Kandidaten vorgeschlagen. Scheidemann hat sich bereits vor mehreren Wochen bereit erklärt, daß ihm angebotene Amt anzunehmen. Seine Wahl ist sicher, da die sozialdemokratische Partei die Mehrheit in der Stadtvertretung hat.

**Verteiltag der Zentrumspartei.**

Der Reichsparteitag der Zentrumspartei in Berlin, der wegen der Verkehrsperre verschoben werden mußte, wird nun im Januar stattfinden.

**Zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion**

wurde gestern der Staatssekretär a. D. Trimborn einstimmig gewählt. Zum zweiten bzw. dritten Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Beyer und Leicht wiedergewählt.

**Die Reichsarbeiterräte.**

Im Ausschuß der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz teilte Reichsarbeitsminister Schlichte mit, daß Geses über die Reichsarbeiterräte sei soweit gefördert, daß es kurz nach Neujahr vorgelegt werden könne. Weiter kündigte der Minister das Gesetz über ein obligatorisches Schlichtungsverfahren an, das zur Verhinderung von Streiks dienen soll. Endlich wurde mit einer unerschiedlichen Änderung Art. 37 des Betriebsrätegesetzes angenommen, wonach der Betriebsrat in Betrieben mit über 100 Arbeitnehmern an einem Tag oder mehreren Tagen der Woche eine regelmäßige Sprechstunde einrichten kann, in der die Arbeitnehmer Wünsche und Beschwerden vorbringen können.

**Von der russischen Nordwestarmee.**

Stockholm, 27. Nov. Das Finnländische Pressebureau teilt mit, daß General Wikman zum Kommandanten der russischen Nordwestarmee ernannt worden ist. Seine Armee wurde nach ihrem Rückzug auf estländisches Gebiet unter estländisches Oberkommando gestellt. Jüdisch hat seine Funktionen niedergelegt und bleibt nur Vertreter der Regierung Kostiffs.

**Die Unabhängigkeitsbewegung in Ägypten.**

Paris, 27. Nov. Das ägyptische Nationalkomite hat an die „Humanité“ ein Telegramm geschickt, in dem es wegen des Vorgehens der englischen Truppen gegen die friedliche Bewegung des ägyptischen Volkes zur Erlangung seiner Unabhängigkeit protestiert. Seit neun Monaten fliehe das Blut des ägyptischen Volkes. Das Komitee fordert Frankreich auf, Ägyptens geheiligte Sache zu verteidigen. Der Präsident der ägyptischen Friedensdelegation richtete auch ein Telegramm an Wilson, in dem er sagt, die Ägypter

seien der Gegenstand barbarischer Behandlung seitens der englischen Behörden. Das ägyptische Volk sei fest entschlossen, die britische Beherrschung niemals anzunehmen. Er beschwöre den Präsidenten Wilson, das ägyptische Volk zu unterstützen.

**Italienisches.**

Rom, 27. Nov. (Stefani.) Die vom Minister des Innern, Tittoni, eingereichte Demission wurde angenommen. Senator Scialoja wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Rom, 27. Nov. Die Zeitung „Tempo“ meldet, daß der Kommandant Giurati, der Rabinettchef d'Annunzio, der dieser Tage mit dem Auftrag nach Rom gekommen war, mit den italienischen Behörden in der Angelegenheit von Fiume zu unterhandeln, vorgestern abend nach Fiume zurückgekehrt sei. Das Blatt fügt hinzu, daß die Personen, die mit Giurati gesprochen haben, den Eindruck erhielten, seine Mission sei vollständig gescheitert.

**Kleine Nachrichten.**

Frankfurt-Main, 26. Nov. (Brio, Teleg.) Die Frankfurter Zeitung schreibt am Schluß eines Leitartikels über die Abreise Simons von Paris: Unsere auswärtige Lage gestattet uns jetzt nicht die geringste innere Krise. Wir würden der französischen Militärpartei, die bei den Wahlen triumphiert hat, keinen größeren Gefallen tun können, als ihr in irgend einer Form den Vorwand zu Maßnahmen zu bieten, die weit über das hinausgehen, was der Versailler Vertrag vorseht. Eine reaktionäre Regierung, die auch das Ende jeder demokratischen Politik bedeuten würde, würde nur Wasser auf die Mühle der französischen Chauvinisten sein, denn dann würden sie erst recht zu Repressivmaßnahmen schreiten.

Amsterdam, 27. Nov. Das Pressebureau Radio meldet, daß in Chicago die Gründung der neuen amerikanischen nationalen Arbeiterpartei stattgefunden hat.

Amsterdam, 26. Nov. Laut Telegraf teilte Churchill in Erwiderung einer Anfrage im englischen Unterhaus mit, daß der Oberste Rat den Vorschlag gemacht habe, daß in Meisei und Danzig englische Truppen ein Jahr verweilen und in Schlefien 8 bis 20 Monate.

London, 26. Nov. „Morning Post“ meldet, daß Senator Hitchcock, der sich gegenwärtig im Staate Nebraska befindet, vom Präsidenten Wilson ersucht wurde, am kommenden Samstag zu einer Besprechung über den Friedensvertrag bei ihm zu erscheinen. In politischen Kreisen Washington glaubt man allgemein, daß die Senatoren beim Wiederauftreten des Kongresses am nächsten Montag sich bemühen werden, zu einer Lösung zu gelangen.

**Vermischtes.**

**Eine böhmische Zuckerfabrik abgebrannt.** Prag, 26. Nov. Gestern nachmittag ist die Zuckerfabrik Teller in Sedlich bei Lundenburg abgebrannt. Der Schaden wird auf 15 Millionen Kronen geschätzt.

**1200—1350 Mark für einen Herrenanzug.** Die selbständigen Herrenschneider des Janningsbezirks Steglitz erklärten, daß an eine Verbilligung der Herstellung von Kleidungsstücken vorläufig nicht zu denken sei. Bei den heutigen Stoffpreisen werde sich viel mehr der Preis für die Anfertigung eines Anzuges auf mindestens 1200—1350 Mark stellen. Schöne Aussichten!

**Der Rückgang der Weltzuckererzeugung.** Während im Jahr 1917 346 Millionen Tonnen Zucker erzeugt wurden, betrug diese Menge 1918 nur 327 Millionen Tonnen. Der Rückgang der Zuckererzeugung in Europa ist auf die starken Verminderungen in Deutschland und Rußland zurückzuführen, in Asien auf das Zurückbleiben der Zuckererzeugung in Britisch-Indien. Die Zunahme in Amerika ist auf die außerordentliche Steigerung der Erzeugung auf Cuba, in Brasilien und Argentinien zurückzuführen.

**Zuckerwirtschaft mit dem Volksvermögen.** Die „Fr. Tagespost“ in Nürnberg meldet unter dieser Ueberschrift, daß seit sieben Monaten auf dem Ulterbahnhof Schweinau mehr als 100 Eisenbahnwagen Sanitätsmaterial liegen, über

**Durch enge Gassen.**

Original-Roman von Käte Lubowsski.  
(Nachdruck verboten.)

507  
Nun schlief der alte Ferdinand Großer die erste Nacht in seinem noch offenen Saalge. Sein Gesicht war schmal und friedlich wie das eines Jünglings, der nach langer Wanderschaft eine gute Herberge gefunden hat.

Zwei weiße Kerzen brannten. Zwei Kreuztische mit goldener Schrift standen, eins zu Häuten, das andere zu Füßen. Zwei rote Rosen buketten. Die waren von Delea Holtmann dem Toten auf's Herz gelest.

Der Einsame nahm eine davon und preßte seine Lippen darauf, als sei es ein Frauenmund.

Er nahm in dieser Stunde von Jugend, Liebe und Hoffnung einen Abschied, nach welchem es kein Wiedersehen gibt.

Es lag als unahänderlicher Erbschaft in ihm, daß er nach diesem seine Tätigkeit in der ehemals Großerischen Redaktion nicht wieder annehmen würde. Das Recht war an seiner Seite. Der neue Herr konnte ihn nicht zwingen. Kam es zum Aufrufen, würde er einen Brief von Ferdinand Großer vorzeigen, in dem ausdrücklich stand: Eine Kündigungsfreiheit wollen wir besser nicht miteinander anmachen. Es ist ja doch nichts als ein Verlust. Nachschläge und Kränkungen soll und der nicht bringen. Sie können aus meinen Diensten scheiden, wann Sie wollen. Ich verabschiede mich dagegen. Ihnen, wenn ich Sie gehen heiße, noch einen vollen Monatsgehalt weiter zu zahlen.

Er würde Delea Holtmann also zum letztenmal sehen, wenn es mit dem alten Großer zum Friedhof ginge.

Und dann nie mehr.

Der Zufall spielte wunderbarlich... gewiß. Das hatte er mehr als einmal erfahren müssen. Ihn sollte er jedoch niemals zwingen. Begreifen sie sich eines Tages, würde er mit geschlossenen Augen an ihr vorübergehen. Denn er konnte nicht der Knecht ihres Geldes sein. Lieber innerlich verhungern und verdursten — vor Sehnsucht an

Leib und Seele verkommen, als an dem Tisch zu sitzen, den ihre Wohlhabenheit ihm herrlich schmückte.

Einem Verzicht lag wollte er sich wehren. War er nicht ein Mensch mit jungen, starken Gliedern, dem das Leben schließlich doch einen reichen Lohn auszahlen mußte? Deseh er nicht eine unerreichliche Phantasie und eine quellende Freude an der Arbeit?

Die Phantasie war ein Bäumchen, unter dem die Waden lauchend sammelten... die Freude an der Arbeit gab nur gerade ihm so viel, daß er sich durchdringen konnte... Jesaliche Fudficht, Großer zu erreichen oder zu bedeuten, schickte. Dieser Abschied war also eine Notwendigkeit.

Es wurde ihm nur so schwer, weil er fühlte, daß keine Liebe Erroderung laud... Die Herzen kammten und die Kreuztische leuchteten... Aber nur eine rote Rose lag auf Ferdinand Großer's kammtem Herzen. Die andere botte der Lebende behalten, damit auch sein totes Herz einen Schmal bekähe!

In dieser Nacht fand auch Delea Holtmann keinen Schlaf. Sie botte den freien, feierlichen Bogen eng zusammengefaßt und ihn mit sich in ihre Wohnung genommen. Nun lag sie mit ausgeschütteten Kopf davor und las, obwohl sie bereits Sag für Sag längst auswendig kannte. Je länger sie über diese letzte, so sorglos war überdachte Bestimmung nachdachte, um so klarer ward es ihr, daß sie versuchen müßte, ihr zur Erfüllung zu verhelfen.

Denn der, den sie anging, würde nichts in einer Sache, die er für aussichtslos hielt, unternehmen. Darin glücken sich alle Männer!

Sie aber war ein Weib, das ihren Dank an ihn abtragen mußte.

Dieser Gedanke drängte sich immer wieder vor, wenn ein anderer seine jammernde Bettelstimme erheben wollte.

Als sie damals — zusammengebrochen und stumpf — Anna Benetis Weiden zum Opfer fallen wollte, brachte

ihm Johannes Steinhardt die Gevettung. Darum mußte sie unerschrocken ein Verles für ihn veruchen.

Wollt Blumen in Galy war telegraphisch von dem Wleben seines Onkels Ferdinand Großer in Reminis geseht. Verleits einen Tag wäter tral er in Berlin ein.

Sein erster Gang galt dem Geschäft. Das zu erwartende Bargeld und die sicheren Hypotheken erschienen ihm stöcklich kaum der Rede wert. Er dachte gierig und zornentbrant, daß ihn dieser alte, fäherlich kindlich gewordene Mann gerade um das Beste geprellt habe, indem er ihm davon nur einen lächerlich geringen Bachtans zu kommen ließ.

Eigentlich hatte er gar nichts in diesem Geschäft zu suchen. Aber es zog ihn hin. Er wollte seinen Anfang und sein Wesen näher kennen lernen, um sich noch tiefer in eine angenehme, rüchaltlose Rut hineinzulocken.

Delea Holtmann hatte ihren alten Platz an den mit Manuskripten und Betteln aller Art überbedeckten Reaktionsstisch inne, als er bei ihr eintraf.

Sie hatte ihn erwartet. Bräufend glitz ihr Blick über ihn hin. Sein rotes Gesicht demähte sich umsonst, wemütige Falten aufzuweihen. Hinter dem rasch hervor-gezogenen Tschentusch meinte sie deutlich das begehrtliche Panteln seiner Keinen, schlauen Augen zu erspähen. So und nicht anders hatte sie sich den Mann, dem die Großer'sche Erbschaft zufallen sollte, nach den empfangenen Schilderungen gedacht. Sie sprach ein paar Worte leise zu München Fink herüber. Das ältliche Wädchen nielte und verließ geräuschlos das Zimmer.

Da tat Delea Holtmann einen tiefen Atemzug und begann loszulegen: „Ich weiß nicht, ob Sie meinen Namen schon kennen...“

Er hörte ihn, ließ das Tuch sinken und schüttelte den Kopf.

„Bedenkerlicherweise nicht!“

(Fortsetzung folgt.)

... seitens der entschloffen, Er beschwore unterstützen.  
 ... Minister des angenommen. nannt.  
 ... wet, daß der anzios, der n war, mit von Frume urkafgehrte e mit Güne-Riffion  
 ... Die Frank- über abwärtige nere Reik.  
 ... die bei dem um kön- zu Maß- na, was der Regierung. ift bedeuten ransbüßliche st zu Re-  
 ... bio meldet, zerkauflichen  
 ... Churchill in us mit, daß in Remel en und in  
 ... daß Senator ita befindet. konnenden Sonntag bei tions glaubt kammentritt en werden,  
 ... t. Prag, 26. ller in Sed- wird auf 15  
 ... anzug. Die erts Stellig ng von Klei- den heutigen unferichtigung t stellen.  
 ... . Während aigt wurden. onnen. Der y die starken lckzuführen, eugung in ig die außer- in Drafi-  
 ... . Die „Fr. lieberschrift, f Schwelmau liegen, über  
 ... um müße fe  
 ... ch von dem terminis ger- rin ein.  
 ... Das zu er- en erschienen e gietzig und ändig ge- habe, indem Nachtzins zu- n Geschäft zu inen Umfang h noch tiefer leben.  
 ... an den mit deffen Redab-  
 ... r Bild über unsonst webr- rafh hervort- geberliche erwöden. So m, dem die empfangenen Worte leife Mädchen nicht  
 ... Atemung und meinen Namen  
 ... schützte den

deren größten Teil trotz aller Bemühungen der bayrischen Heeresverwertungsstelle, die Sachen zur Verwertung frei zu bekommen, noch keine Verfügun getroffen sei. Allein das Lager an Verbandswatte werde auf 1 Million Ml. geschätzt, während der Gesamtwert aller dort untergebrachten Dinge auf 10-15 Millionen Mark geschätzt werde. An vielen wertvollen Dingen sei schon der Zahn der Zeit zu spüren; sie gehen in Verderben über oder fallen den Mäusen zum Opfer. Sehr ungeeignet für eine so lange Aufbewahrungsdauer bei feuchter und regnerischer Witterung sei die Lagerhalle, durch deren Dach der Regen sickere. Es sei ein Skandal, wie sorglos und unpraktisch hier von der verantwortlichen Stelle gehandelt werde. Das Herz blute einem, wenn man sieht, welche Werte hier nutzlos daliegen, verderben oder verloren gehen. Unter den Vorräten seien Verbandstoffe und Heilmittel, die im freien Verkehr überhaupt nicht mehr zu haben sind. Die Niesenbestände an Baumwolle könnten zum Teil der Textilindustrie zugeführt werden. Mit allem Nachdruck sei zu fordern, daß diese Millionenbestände von Sanitätsmaterial unverzüglich zur Verwertung freigegeben werden. Hinaus mit ihnen in die Krankenhäuser und Apotheken, in die Krankenkassen und unter die „Vergifteten“. Die bayrische Regierung wird aufgefordert, die verantwortliche Stelle mit aller Rücksichtlosigkeit und Entschiedenheit an ihre Pflicht zu mahnen.  
**Der verst. Abg. Gröder als Gelegenheitsdichter.** Bei seiner Anwesenheit in Köln im Jahre 1896 blieb Gröder bei einer befreundeten Familie. Auf Wunsch der Damen schrieb er sich in das Gästebuch ein: er tat es ohne langweiliges Besinnen und „verbrach“ hierbei L. „R. V.“ folgende Verse:  
 „Habt Mitleid mit mir, ihr edlen Frauen  
 Ihr Schönen vom „heiligen Köln.“  
 „Es kann nicht alles Ehemann sein,  
 Man braucht auch Junggesellen.  
 Die einen zur Empfehlung des Glases,  
 Unter des lauten Pantoffels Stempel,  
 Die anderen aber als — „Jammerbild“  
 Zum — „abschreckenden Exempel.““

**Aus Stadt und Bezirk.**

Ragold, den 28. November 1919.

**• Vom Rathaus.** (Schluß) Bei der Behandlung der Frage einer Wasserleitung wurde im Gemeinderat auch über die Wiederinstandsetzung des Gefälles auf dem alten Turm gesprochen. Herr Stadtschultheiß Maier teilte dazu mit, daß bereits im Frühjahr Schritte unternommen worden sind, um entgegen der alten Gloden wiederzukommen, oder Sparmetall zu erhalten für neue Gloden. Das Unternehmen war jedoch vergeblich, da die Gloden eingeschmolzen waren und Metall vom Arbeitsministerium nicht zur Verfügung gestellt wurde, unter Hinweis darauf, daß zuerst die Industrie zu freiden gestellt werden müsse. Herr W. K. V. Schaub hat sich nun bereit erklärt, in dieser Richtung abermals zu sondieren, um vielleicht doch noch zu einem Ergebnis zu gelangen, was seitens der Stadt wie sicherlich auch seitens der Einwohnerchaft sympathisch begrüßt würde. — Die Frage der Sicherstellung unserer Wasserversorgung war erneut Gegenstand eingehender Besprechungen. Durch Erlass des Arbeitsministeriums ist für die Erstellung eines Hochbehälters beim städt. Wasserwerk der Ueberlieferungszustand unter der Voraussetzung bewilligt worden, daß das Unternehmen als Rotstandsarbeit durchgeführt wird. Infolge des ungewöhnlich trockenen Sommers hat es sich jedoch erwiesen, daß der jetzige Quellenbestand für die Wasserversorgung der Stadt nicht ausreicht, und es hat sich dadurch gezeigt, daß das Unternehmen so wie geplant nicht ausgeführt werden kann. Auch die Wasserleitung zum Freibad läßt sich vorerst noch nicht ausführen, da der Druck nicht ausreicht. Von beiden Projekten wird daher Abstand genommen, dagegen soll die Wasserleitung in der Hinterbachstraße weiter- und besser ausgebaut werden. Vom Hause der Gewerbehant ab soll die dort noch liegende 50 Zentimeter-Rohrleitung, die zu schwachen Druck hat, gegen eine solche von 90 Zentimeter ausgetauscht werden, falls für diese Rotstandsarbeit Ueberlieferungszustand bewilligt werden. Der springende Punkt bei der Wasserversorgung ist und bleibt, daß wir mehr Wasser bekommen. Es soll daher eine Kommission zusammen mit Herrn Stadtbaumeister Lang die Quellenfrage prüfen. Unter Umständen soll auch ein Wänscheltrugänger nach Wasser luden. — Wegen der Erstellung eines Dienstwohngebüdes hat unser Stadtvorstand mit den hierfür maßgebenden Stellen von Post und Eisenbahn erneut verhandelt. Die Generaldirektion der Staatsbahnen scheint dem Plane nicht abgeneigt zu sein, dagegen will die Post von Eigenbauten nichts wissen, obwohl gerade sie in der nächsten Zeit Personalzuwachs durch Ueberweisung von Unterbeamten erhalten wird. Schließlich hat die Post in Aussicht gestellt, wenn die Generaldirektion baue, sich dort vielleicht einige Wohnungen durch Baubeteiligung zu sichern. Es würde eine sühbare Entlastung des hiesigen Wohnungsmarktes sein, wenn derartige Dienstgebäude hier erstellt würden, da mehrere Beamte hier wegen des Wohnungsmangels 3 Jt. noch nicht aufziehen können. — Der Einbau einer Notwohnung in das Amtsgericht ist wegen der enorm hohen Kosten abgelehnt worden. — Von Interesse für Bauvorfunde ist es, daß der Staat sich entschlossen hat, zur Förderung der Baumtätigkeit Bauholz zum Anschlag abzugeben. Ein Geschäftsteller, der diesbezüglich an die Stadt herangetreten ist, wurde an den Staat verwiesen. — Bei dem Wasserleitungsanschluß von Sägewerksbesitzer Rad, Graf soll ein Wassermesser erstellt werden. Gegen den Anschluß des Wohnhauses von Werkmeister Klapp am Emmingerweg an die Seminarwasserleitung ist seitens der Stadt nichts einzuwenden. Ein Gesuch des Maurermeisters Weimer um einen Zuschuß zu den Kosten für die Ausführung des Wasserleitungsanschlusses zu seinem Wohnhausneubau wurde der Konsequenzen halber abgelehnt. — Stadt und Oberamt Ragold sollen aus dem Geschäftsbereich der Reichsbankstelle Stuttgart ausgeschieden und der neuerrichtenden Reichsbankfiliale Pforzheim eingegliedert werden. Da das ganze geschäftl. Leben Ragolds nach Stuttgart pulsiert, sprach sich der W. K. gegen diese Veränderung aus. — Die Hundsteuer wird ab 1. April 1920 von 12 Ml. auf 15 Ml. festgesetzt. — Für die Beisuche der Milch wird dem Ochsenwirt Fr. Schum unumkehrbar eine Entschädigung von 4 Ml. pro Tag gewährt. — Weil in der Milchlieferung ein rapider Rückgang von 1185 Liter im Juli auf 635 Liter jetzt eingetreten ist, sodaß

bei der Sammelstelle täglich über 200 Liter fehlen, sind der Stadt die Gemeinden Edelweiler und Börsersberg zugeteilt worden. Die erhöhten Anfahrtskosten von 10 Pfg. pro Liter werden von der Stadt übernommen. Bei der neuen Milchpreisregelung soll ein Preis-Ausgleich zwischen den Lieferungen nach Ragold und Pforzheim angestrebt werden. — Eine Neuregelung der Fleischbeschaugebühren ist wie folgt getroffen worden: Dem Oberamtstierarzt wird ab 1. Okt. ein Parteigeld von 400 Ml. als Entschädigung für die Visitationen des Farrenstalles usw. gewährt. Die Mindesthöhe der Fleischbeschaugebühren werden um 100% erhöht. — Zu einem Besuch des Börserswirts Kuckenbau um Zulassung von Varietäten. Vorstellungen erklärt der W. K. gegen die Bewilligung der Konzession in stets widersprüchlicher Weise einzumenden zu haben. — Zu der im Bericht über die Staatsberatung gemachten Mitteilung von der zu erwartenden Umwandlung des Seminars in eine Deutsche Hochschule hören wir von Herrn W. K. Weinbrenner richtigstellend, daß es sich um eine „Höhere deutsche Schule“ handeln würde.  
**• Volkshochschule.** Bei den anregenden und zu Herzen gehenden Vorträgen über Erziehungsfragen vermißt man die Eltern und besonders die Mütter, denen vor allem das Erziehungsrecht an den Kindern obliegt, schmerzlich. Wo bleiben sie? Die Aufgabe die uns Müttern und Eltern mit der Erziehung unserer Kinder zufällt ist groß und verantwortungsvoll und darum darf und muß ihr in unseren jetzigen Zeiten ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Allen existierenden Eltern muß deshalb der Kurs über Erziehungsfragen (Donnerstag abends 7/8—9/8 Uhr im Mädchen-schulhaus) dringend empfohlen werden; sie können für sich sowohl in Fragen der Selbsterziehung als auch der für ihre Kinder reichlichen Nutzen aus diesen Stunden ziehen. Eine Mutter.  
**• Vzd. A. G. Ragold.** Wegen Sonntag d. Naturkundevereins in Dord fällt die Versammlung am Samstag, den 29. Nov. aus. Nächste Tagung 13. Dezember.  
**• Beihilfen für Kriegshinterbliebene.** Die Reichsregierung hat Mittel zur Gewährung von Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene bereitgestellt. Es erhalten Witwen mit Kindern im Falle der Bedürftigkeit für jedes Kind 20 Ml. und soweit darüber hinaus noch ein Unterstützungsbedarf besteht, auch für sich selbst 20 Ml., insgesamt jedoch nicht mehr als 100 Ml. im Monat. Für alleinlebende Witwen, Vollwaisen und Eltern ist der Höchstsatz auf 25 Ml. monatlich festgesetzt. Witwen ohne Kinder sollen die Beihilfe nur erhalten können, wenn sie über 50 Jahre alt oder infolge Krankheit oder aus anderen Gründen ganz oder zu einem Teil erwerbsunfähig sind. Die Beihilfen können für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 bewilligt werden.  
**• Abhaltung von Reiskursen.** Im Januar und Februar werden in Hohenheim unter Leitung des Gutssinspektors Kech und in Ruppheim bei Schlöglgutbesitzer Steiner unter Leitung des Gutssinspektors König dreimonatliche Reiskurse im Melken und in der Viehzucht abgehalten. Der Kurs in Hohenheim beginnt am 9. Februar, der in Ruppheim am 12. Januar.  
**• Lehrkurs für Schäfer.** Im kommenden Jahr wird in Hohenheim ein Lehrkurs für Schäfer abgehalten. Die Dauer des Kurzes beträgt 14 Tage. Die Kuristen werden in allen einschlägigen Fragen der Schafzucht praktisch ausgebildet und erhalten gleichzeitig einen angemessenen theoretischen Unterricht über die Schafzucht.  
**• Echausen, 27. Nov.** Gestern Abend fand im Waldhorn eine von hier und Umgebung gut besuchte Versammlung statt, welche die Werbung für die Spar-Prämien-Anleihe zum Zweck hatte. Herr Sem-Oberl. Penz sprach in berechnenden Worten über die derzeitige Notlage unseres Reiches, sowie über dessen volkswirtschaftliche Bedürfnisse und Gefahren. Herr O. K. Sparaffasser Killinger gab einen klaren Ueberblick über das Wesen der Anleihe und anschließend sprachen in empfehlender Form Herr Oberamtmann Münz und Herr Sem-Oberl. Rüdler. Anfragen und kritische Bemerkungen aus der Mitte der Versammlung brachten eine anregende Aussprache in Fluß, aus der sich ergab, daß die Anleihe zwar nicht für diejenigen geeignet ist, welche für ihren Betrieb und die Fristung des Lebens auf laufende Einnahmen angewiesen sind, daß aber jedermann, der überschüssige Gelder besitzt, die dringende Pflicht hat, dem Reich in seiner bedrängten Lage beizuspringen, um unserm Volk

noch größeres Unheil zu ersparen. Unverhohlen wurde dabei aber auch die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die vom Volk darzulehenden Gelder mit größter Gewissenhaftigkeit und Sparsamkeit verwendet werden, damit der Zweck der Darlehen auch erreicht und etwaigen ferneren Anleihen der Weg gebnet wird.  
**• Sulz, 27. Nov.** Aus wird geschrieben: Das Ableben unseres Gemeindepfleger Röhn erfordert die Neuwahl eines Nachfolgers, zu der wir uns einen Vorschlag erlauben. Seit der Revolution haben sich hier die Verhältnisse so gestaltet, daß sich zwei annähernd gleich starke Richtungen gegenüberstehen. Zwei dem Bürgerverein angehörige Gemeinderatsmitglieder bekleiden bereits Rassenämter, weshalb zweifellos von der anderen Seite Anspruch auf das Gemeindepflegeramt erhoben werden wird, umso mehr, als der seitherige Gemeindepfleger nicht zu den durch den Bürgerverein gewählten Gemeinderatsmitgliedern zählte. Weil es aber gar nicht nötig ist, daß der zu Wählende dem Gemeinderat angehört, machen wir des lieben Friedens willen den Vorschlag, einen nicht im Parteigetriebe stehenden, durchaus tüchtigen, nichternen und in der Feder gewandten Mann in der Person des Johannes Darr, Landwirts, zu wählen. Er ist wohl ein vernünftiger Mann, aber er verfügt über eine so zahlreiche Familie, daß er den Ernst des Lebens durchaus erkannt hat. Weil ihm seine Angehörigen seine eigenen Geschäfte abnehmen könnten, wäre er in der Lage, sich dem Amt ganz zu widmen. Ob er gewillt ist, die Sache anzunehmen, ist uns nicht bekannt, aber sicher wäre durch seine Wahl beiden Parteien Rechnung getragen und der Vorhelligkeit im Kollegium der nicht angenehmen Lage entzogen, womöglich durch Stillschließung den Gemeindepfleger zu bestimmen. Das Ansehen und die Achtung, die H. Röhn für sich und die Gemeinde zu erwerben wüßte, würde der Vorgesagte hochzuhalten verstehen, denn schon sein Name hat weit hinaus über die Oberamtsgrenze einen guten Klang.  
**• Altensteig, 26. Nov.** Der freien Schreinerinnung des Oberamtsbezirks wurde zur Erstellung eines mit elektrischer Kraft betriebenen Genossenschaftswerks der städt. Plaz zwischen der Staatstraße und dem Ragoldfluß gegenüber der früheren Kunstmühle zum Preise von 3 Mark für den Quadratmeter zur Verfügung gestellt.  
**Aus dem übrigen Württemberg.**  
**• Württ. Brauertag.**  
**• Stuttgart, 26. Nov.** Unter außerordentlich reger Beteiligung fand am letzten Dienstag im großen Saal des Bürgermuseums ein außerordentlicher württ. Brauertag statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Verforgung der Brauereien mit Gerste. Man hörte bei dieser Gelegenheit, daß die württ. Regierung durch ihre Vertretung beim Reichsrat für eine reichlichere und raschere Verforgung des Braugewerbes mit Gerste gerade in letzter Zeit energisch eingetreten ist, ebenso, daß die württ. Vertretung im Reichsrat endlich auf die gleichmäßige Behandlung des Braugewerbes in allen deutschen Reichsstaaten einwirkte und sich gegen die bisherige Verforgung Bayerns mit allen Kräften wehrte. Die bisherige ungleichmäßige Velleiferung, so führte ein Referent aus, hat in den letzten Jahren zu dem schreienden Mifstand geführt, daß Bayern mit seinen rund 6 Millionen Einwohnern mehr Gerste für Braugewerbe zugewiesen erhielt als das ganze Reich mit mehr als 60 Millionen Bewohnern. Im abgelautenen Wirtschaftsjahr sei auf den Kopf der bayr. Bevölkerung ungefähr 10mal so viel Braugerste gekommen, als im ganzen übrigen Deutschland. Diese dauernde Verorgung bedeute das Blößen und Gebelhen des bayr. Braugewerbes auf Kosten der allgemeinen deutschen Brauindustrie. Diese Verorgung wirkt auch auf die Milchverforgung und Milchproduktion ein. Nicht umsonst hatte Bayern als das Land der besten und reichlichsten Bierverforgung gleichzeitig die beste Verforgung mit Milch, Butter und Käse, denn 10mal soviel Gerste bedeutet 10mal soviel süße Kraftfuttermittel und gibt die Möglichkeit, mehr Kühe zu halten und die Milchzeugung zu steigern. Eine mit süßen Kraftfuttermitteln gefütterte Kuh gebe täglich 12-14 Liter Milch, während ohne Biertreberfütterung nur 6-7 Liter erreicht werden könnten. Ein Kenner der Milchwirtschaft bestätigte dies mit dem Hinweis, daß in einem Stuttgarter Borort bei Kriegsbeginn 27 Milchviehhöfen befanden, die jetzt wegen des Wegfalls der milchtreibenden Fütterung bis auf eine einzige eingegangen sind. Die bevorzugte Velleiferung der Graupenfabriken mit Gerste habe in Berlin und in anderen großstädtischen Gemeinden zu einer Aufspeicherung von Graupenvorräten geführt. Die Bevölkerung weigerte sich jedoch, dieses Nahrungsmittel zu dauerndem Verbrauch aufzunehmen, Umwegen solcher unverfügblichen Graupenvorräte mußten als Viehfutter losgeschlagen werden. Das ist volkswirtschaftlich geradezu unvorzähllich. Verhaft beklagt wurde die Auffassung, die Verwendung der Gerste zur Bierbereitung bedeute eine volkswirtschaftliche Verschwendung. Im Bier und in der Graupe werden die Nährwerte der Gerste in gleichem Maße ausgenutzt, bei der Bierearbeitung noch mehr durch die Gewinnung der Biertreber als Futtermittel, die zur Steigerung der Milchproduktion nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Die Versammlung war sich darüber klar, daß bei dem Ernährungszustand des deutschen Volkes ein gehaltvolles Bier unso erstrebenswerter wäre, als der Wein und nun auch der Obstmost für weite Volksteile durch ihre Preisgestaltung immer unerreichbarer werden.  
**• Stuttgart, 25. Nov.** Die Reichstagssozialisten hatten auf Montag abend 10 Versammlungen in verschiedenen Teilen der Stadt einberufen, die als Protestkundgebung gegen die Reaktion gedacht waren. Die Versammlungen, in denen meist Landtagsabgeordnete sprachen, fanden in kleineren Lokalen statt; die bedeutendste war im Gewerkschaftshaus, wo an Stelle des zur Besprechung von Organisationsfragen der Polizeiwacht nach Berlin berufenen Ministers Hegmann der Abg. Professor Herrmann im Sinne der Einigung der sozialistischen Parteien sprach.  
**• Lauterbach O. A. Oberndorf, 26. Nov.** Die Firma Ferdinand Arnold u. Co. verteilte am letzten Samstag an ihre Arbeiter 4500 Ml., was bei diesen große Freude auslöste.  
**• Schwenningen, 26. Nov.** Ein scheußliches Pferd des Landwirts Johannes Link sauste in rasendem Tempo die Kreisstraße herab und mit voller Wucht in den unteren Stock des Wohnhauses Perzig. Das Fuhrwerk durchstieß die Wand und drang in das Schlafzimmer ein, wo es erheblichen Schaden anrichtete. Das Pferd blieb mit schwer verletztem

**Was bringt die Deutsche Spar-Prämienanleihe?**

**Jedes Jahr**  
 Mk. 50.— Sparginsen  
 für ein Stück von 1000 Mark.

**Jedes Jahr**  
 25 000 Bonusgewinne von  
 1000 Mark bis 4000 Mark.

**Jedes Jahr**  
 5000 Gewinne gleich  
 50 000 000 Mark.

Zeichnungen bei allen Bankgeschäften, Banken, Spartassen u. Genossenschaften.

Kopf und Vorderfüßen in dem eingestochenen Loch stecken und dürfte verloren sein. Menschenleben wurden nicht gefährdet.

### Handels- und Marktberichte.

**Altensteig, 26. Nov.** Der gestrige Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt wies in ersteren Gattungen nur eine schwache Zufuhr auf und war der Handel darin auch unvesentlich. An Käufer Schweinen waren 95 Stück, an Milchschweinen 118 Stück geführt. Der Preis stellte sich bei Käufer Schweinen auf 220-350 Mt. pro Stück, bei Milchschweinen auf 90-150 Mt. pro Stück.

**Alpirobach, 25. Nov.** Die Stadtgemeinde verkaufte gestern aus ihren Waldungen gegen 300 Festmeter Langholz in zwei Losen. Abgegeben wurden diese zu einem Angebot, das 533,9% und 539,2% des Neierpreises ausmacht. Das Angebot lautete auf 12.000 Mt., der Erlös betrug 65.300 Mt. Käufer des Holzes war die Holzhandelsfirma Grieshaber und Söhne hier. Die Erträge des Waldes machten in den letzten Jahren eine höchst ergiebige Einnahmequelle der Stadt aus, die jetzt 300.000 Mt. aus dem Holzverkauf eingenommen hat.

**Rottweil, 26. Nov.** Dem Schweinemarkt wurden 279 Stück Milchschweine und 7 Käufer zugeführt. Der Handel war flau. Bezahlt wurden für Milchschweine 180-300 Mt.; ein kleiner Rest, darunter sämtliche Käufer, blieb unverkaufte. Dem Schweinemarkt in Schweningen wurden 35 Milchschweine pro Paar von 230-430 Mt., 2 Käufer von 180 u. 285 Mt. zugeführt.

**Holzpreise.** Der Verband hessischer Zimmermeister hatte sich vor einiger Zeit an das Reichswirtschaftsamt gewendet mit der Bitte um Sperrung der Grenzen und Festsetzung von Höchstpreisen für Holz. Vom Reichswirtschaftsministerium trat, laut „Frankf. Jg.“ folgende Antwort ein: „Die vom obigen Verband gegebene Befürchtungen haben sich inzwischen nur allzu sehr bewahrheitet. Die Holzpreise sind heute um das Doppelte des damaligen, schon außerordentlich hohen Satzes gestiegen. Trotz dieses hohen Preises (450 Mt. pro cbm) ist es nicht möglich, Holz mengen von den Sägewerken zu bekommen. In Wirklichkeit wandert unser Holz nach Holland und wird von dort zu einem dem Tiefstand unserer Mark entsprechenden Preis nach Deutschland verkauft.“ — Wie noch die Holzpreise weiter gestiegen sind, ersehen wir aus Berichten aus Oberfranken; dort wurden für 1 Kubikmeter Holz 500 Mt. bezahlt.

### Legte Nachrichten.

#### Um den Eghaiser.

London, 28. Nov. Im Unterhause erklärte Lloyd George in Antwort auf eine Anfrage, daß die kürzliche juristische Konferenz in Paris sich nicht mit der Aburteilung des Eghaisers befaßt habe.

#### Keine neue Verkehrsperre?

Berlin, 28. Nov. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, die Nachrichten über eine bevorstehende neue Sperre des gesamten Personenverkehrs seien unbegründet. Die Betriebslage hat sich bereits soweit gebessert, daß eine so schwere Maßnahme nicht mehr erforderlich ist. Sollte sie sich aber wieder verschlechtern, so würden neue Sperrmaßnahmen rechtzeitig bekannt gegeben werden.

#### Einer der Mörder des Zaren verhaftet.

Berlin, 28. Nov. Dem „Volksanz.“ zufolge berichtet die Ostrower Mittagszeitung aus Warschau, daß dort in den letzten Tagen wieder eine vollständige Razzia veranstaltet wurde, bei der mehrere Kommunisten, darunter auch ein russischer Bolschewist verhaftet wurden. Die Untersuchung habe ergeben, daß einer der Verhafteten an der Ermordung des Zaren teilgenommen habe. Bei dem Verhafteten wurden Wäsestücke und ein Tagebuch des Zaren vorgefunden, in dem derselbe eigenhändige Aufzeichnungen gemacht hat. Im Verhör gestand der Bolschewist, daß er als Angehöriger der russischen roten Garde an der Durchführung des Todesurteils gegen den Zaren teilgenommen habe.

#### Nichttritt des Königs von Italien?

London, 27. Nov. Die Londoner Blätter melden aus Rom, daß man bei der Eröffnung des neuen italienischen Parlaments Unruhen erwartet. Täglich finden Kabinettsberatungen statt, welche die wachsenden Schwierigkeiten beiseite zu schaffen suchen. Man rechnet mit der Möglichkeit des Nichttritts des Königs und daß der Herzog von Savoia oder der italienische Kronprinz auf den Thron kommen werde.

#### Eine Hilfsaktion für das hungernde Wien.

Berlin, 27. Nov. Wie die Volk. Jg. hört, hat das Reichstblatt eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Zunächst sollen für den Monat Dezember von jeder Brot-

karte in Deutschland 50 Gramm weniger ausgegeben werden und die Gesamterparnis von 2 Mill. Kilogramm in der Woche den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Eine entsprechende Berechnung wird schon in den nächsten Tagen herauskommen. Dieser Aktion haben alle Parteien zugestimmt mit Ausnahme der Unabhängigen, die keine Abzüge von der Brotkarte zulassen wollten. Alle Fraktionen außer der Unabhängigen werden in der Nationalversammlung einen gemeinsamen Initiativantrag einbringen, der den Anstoß zur Hilfsaktion gibt. Außerdem ist eine weitere große Hilfsaktion durch Veranstaltung von Sammlungen unter Führung der Reichsregierung in Vorbereitung.

#### Die Kosten der ungarischen Räteherrschaft.

Berlin, 28. Nov. Laut Vol.-Anz. teilte beim Empfang einer Deputation der ungarische Ministerpräsident mit, daß die Kommunistenherrschaft in Ungarn dem Lande 18 Milliarden und die rumänische Besatzung 36 Milliarden gekostet habe.

#### Letland bricht die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab.

Reisingfors, 28. Nov. Die lettische Regierung hat durch Radiogramm den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland notifiziert. Als Grund dazu bezeichnet die lettische Regierung die Erklärung des Generals Eberhardt, diejenigen Truppen unter seinen Schutz zu nehmen, die gegen Lettland kämpften.

#### Die gegenrevolutionäre Verschwörung in Athen.

Athen, 28. Nov. Wie die Zeitungen zu der Verschwörung gegen Venizelos melden, hofften die Verschwörer, sich des Kriegsministers und Marineministers zu bemächtigen und die Revolution auszuführen. Die Regierungsmitglieder hatten verhaftet u. König Alexander ausgemerzt werden sollen.

#### Anarchistische Verschwörungen in New-York.

Amsterdam, 28. Nov. Laut Pressbüro Radio wurde bei einer Razzia auf das Hauptquartier des Verbandes russischer Arbeiter in New-York eine große Menge Explosivstoffe, Säuren und Chemikalien, die zur Herstellung von Bomben dienen sollten, beschlagnahmt.

Für die Schlichtung verantwortlich Bruno Wilhelm Wallat, Nagold. Stadt- u. Verlag Dr. W. H. Bahreisen Buchbinderei Post-Kolleg Nagold

## Stadtgemeinde Nagold. Verkauf von Reifig, Stockholz und Schlagraum.

Am Samstag, 29. November 1919, aus Distrikt Vemberg, Abt. Vembergshang, Distrikt Rillberg Abt. Sommerhalde, Befenreiteich, vorderes Stubenkammerle, Hirschholz: Reifig, Wellen: ungebunden, in Flächenlöfen Nadelholz 4000; Schlagraum: 5 Lose; Stockholz im Boden: 80 Rm. Zusammenkunft zum Vorzeigen 1 Uhr auf der Freudenstädter Straße bei den Viertlern, Verkauf 4 Uhr auf der Ranglei der Stadtpflege. Auswärtige Käufer werden nicht zugelassen. 2283

## Die verfallenen Obsterlöse

wollen, soweit noch nicht geschehen, alsbald entrichtet werden. Kaffeitage: Mittwoch und Samstag. 2286



### Nähmaschinen

in grosser Auswahl empfiehlt billigst 2285

### J. Werner, Nagold.

Fernruf 111.

## Wir sind Käufer von Mostobst

und prima Tafelobst

in Waggonladungen. Angebote an

### W. Kudle & Söhne Kudle

Stuttgart i. St. Hochdorf M. Hord Bahnhofsmeisterei Tel. 7. Telefon 1331.

### Wilde Kastanien

tauft und bietet um Angebot mit Quantum-Angabe W. S. Mann 58m Oloversandhaus Münden. Söde können gestellt werden.

### Gebetbücher

bei G. W. Jaiser, Nagold.

### Gitarre

hat zu verkaufen. Wer? faat die? Geschäft?

## Wülbberg. Zur Aufklärung über die Deutsche Sparprämienanleihe findet Samstag, den 29. Nov., abends 7/8 Uhr in der „Traube“ eine öffentliche Versammlung

statt mit Vorträgen von Seminaroberlehrer Denny und Oberamtsparaffasser Kellingner. Alle Männer und Frauen aus Wülbberg und Umgebung sind dazu freudlich eingeladen. 2291

### Der Ausschuss für den Bezirk Nagold.

## Die hiesigen Friseurgeschäfte sind am 1. Adventsonntag geschlossen!

Empfehle bei kurzfristiger Lieferung. 2210

### Gewerbl. Masch. aller Art

Spezial u. Universal-Holzbearbeitungsmasch. kompliziert nach jed. Wunsch. Dreih-, Rübenschneid-, Kreis- und Milchwirtschaftliche Maschinen. Fabrikate erster Firmen.

### Fritz Haag Mechaniker Nagold.

### Kranken Frauen

und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Blutarmut, Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erb. Frau Berta Koopmann VI Berlin W. 35 Potsdamerstr. 104.



### Thurka Backpulver

überall erhältlich

### Nagold.

## Schrotmühlen

mit und ohne Sichtvorrichtung.

## Rübenschneider

## Brückenwagen

## Fleischräucher

empfiehlt

### Johs. Werner

Tel. 111.

### Etwas Gutes für Haare u. Haarboden ist echtes Brennessel-Haarwasser

mit den 3 Brennesseln. Nur zu haben bei: 44 h L. Böckle Wwe., Fris.

Zielung 2. Dez. 1919 Deutsche Anland-Institut

## Geld-Lotterie

754 Goldgewinn Mark

### 81000

1000 Hauptgewinn Mark

### 30000

250 Goldgewinn Mark

### 13500

7500 Goldgewinn Mark

### 37500

Auf 10 Lose (ausrede Nr. 3) 1. Gewinn garant. Lospreis 4 M.

Fl. Lose 14 Mk., 10 Lose 28 Mk. Porto u. Liste 50 Pf. mehr. In allen Verkaufsstellen u. J. Schwoickert, Würt. Lotterien-Blatt, Stuttgart, Marktstr. 6, Tel. 1221, Postfach 1000-201

Nagold, 27. 11. 19.

Die Geburt eines gesunden Mädchens zeigen in großer Freude an

2248 Seminaroberlehrer Knödler und Frau Helene, geb. Wiß.

## Deutscher Holzarbeiterverband.

Samstag den 29. Nov., 6 Uhr abends

### Mitglieder-Versammlung

im Lokal zum Sternen.

Referent: Kollege Schönenberger spricht über wichtige Tagesfragen. Volljähriges Erscheinen erwünscht. 2292

Die Ortsverwaltung.

## Luzerne-la blaublühend (ewiger Klee) -Samen

in jeder Menge zu haben bei 2272

### Ch. Geigle

## Samengrosshandlung \* Nagold.

### Kurse am 27. November 1919

mitgeteilt durch die

### Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

Zuländische Staatspapiere.	4% Meiningen-Hypoth. 97.50
5% Deutsche Reichsanl.	4% Pilsn Hypoth. 98.-
1.-9. Kriegsanl.	4% Preuß. Handelsbank 100.-
4% dgl. v. 1918 amk. 1925 68.50	4% Rhein. Hypoth. Bank 100.50
3 1/2% dergl. 62.50	4% Würt. Hypoth. Bank 101.-
3% dergl. 63.-	3 1/2% dergl. kbb. A-D u. K-N 90.-
5% l. Vösch. Schwanenw. 99.50	3 1/2% dergl. Hgb. ab 1912, 1915 100.50
4% Bad. Anleihe 72.50	4% Würt. Kreditverein 100.50
4% dergl. von 1919 78.25	
3 1/2% dergl. von 1900 kbb. ab 1905 74.-	
4% Hessen 66.80	
3 1/2% dergl. 66.80	
4% Württemberg, k. 1915 1921 u. 1935 78.90	
3 1/2% dergl. v. 1875 92.-	
3 1/2% dergl. v. 1879/80 1885/95 74.-	
3 1/2% dergl. v. 1881/85 Lit. L-O 68.-	
3 1/2% dergl. von 1900 (1903 ff.) 65.-	
3 1/2% dergl. von 1898 70.-	
	<b>Ufaubriefe.</b>
4% Dtsche. Grundkreditbank Gotha 96.-	
4% Frankl. Hypoth. Bank 98.-	
3 1/2% dergl. 87.50	
4% Frankl. Hypoth. Kreditver. 96.-	
	<b>Aktien.</b>
	Vermittler Bank 119.-
	Deutsche Bank 252.-
	Diskontogesellschaft 178.-
	Dresdner Bank 147.-
	Bad. Anl.-u. Sodafabrik 455.-
	Fabr. Grösch. & Co. 290.-
	Fabrikwerke Höchst 357.-
	Ludwigs. Ober-Schramb. 214.-
	Deimler Motoren 251.75
	Chilinger-Walzenfabrik 255.-

(2289)